
Vorsitz: Finnland**720. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 10. Juli 2008

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.00 Uhr

2. Vorsitz: A. Turunen

Vor Eintritt in die Tagesordnung bekundete der Vorsitzende im Namen des Ständigen Rates Afghanistan (Kooperationspartner) und der Türkei seine Anteilnahme anlässlich der jüngsten Terroranschläge in Kabul und Istanbul. Der Ständige Rat hielt eine Schweigeminute.

Im Namen des Ständigen Rates hieß der Vorsitzende Botschafterin Geneviève Renaux als neue Ständige Vertreterin Belgiens bei der OSZE willkommen.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Die jüngsten Entwicklungen in Abchasien und Südossetien (Georgien):* Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Bosnien und Herzegowina und Montenegro; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Island; sowie mit der Ukraine) (PC.DEL/605/08), Norwegen, Kanada (PC.DEL/611/08), Russische Föderation (PC.DEL/615/08 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/607/08), Georgien (PC.DEL/618/08 OSCE+), Vorsitz
- (b) *Der Fall des norwegischen Helsinki-Komitees in Kirgisistan:* Norwegen (PC.DEL/608/08), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island

und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine)
(PC.DEL/604/08/Rev.1), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/606/08),
Kirgisistan

- (c) *Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz*: Schweiz
(Anhang)
- (d) *Treffen des Bundes der Befreier Estlands vom 5. Juli 2008 in Märjamaa
(Estland)*: Russische Föderation (PC.DEL/613/08 OSCE+), Estland
(PC.DEL/609/08)
- (e) *Besuch des Exekutivdirektors des Büros der Vereinten Nationen für Drogen-
und Verbrechensbekämpfung vom 2. bis 4. Juli 2008 in Moldau*: Moldau
(PC.DEL/612/08)
- (f) *Dreizehnter Jahrestag des Massakers von Srebrenica (Bosnien und
Herzegowina)*: Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/616/08)

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES
AMTIERENDEN VORSITZENDEN

*Bekanntgabe der Verteilung des Berichts über die Tätigkeit des Amtierenden
Vorsitzenden (CIO.GAL/103/08)*: Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung des Berichts des Generalsekretärs*:
Generalsekretär
- (b) *Teilnahme an einem Treffen des Euroatlantischen Partnerschaftsrats am
9. Juli 2008 in Brüssel*: Generalsekretär
- (c) *Jährliches Dreiertreffen auf hoher Ebene zwischen dem Europarat, der OSZE
und den Vereinten Nationen sowie mit Partnerorganisationen am 7. Juli 2008
in Straßburg (Frankreich)*: Generalsekretär
- (d) *OSZE/Europarat-Treffen auf Ebene hoher Beamter am 8. Juli 2008 in
Straßburg (Frankreich)*: Generalsekretär
- (e) *Konferenz „Model OSCE“ vom 4. bis 7. Juli 2008 in Wien*: Generalsekretär,
Vorsitz, Serbien

Punkt 4 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Die Sicherheitslage in Afghanistan*: Afghanistan (Kooperationspartner)
(PC.DEL/619/08)
- (b) *Parlamentswahlen in Belarus am 28. September 2008*: Belarus
(PC.DEL/610/08)

- (c) *Drittes Gipfeltreffen der Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM vom 1. Juli 2008 in Batumi (Georgien): Georgien (PC.DEL/617/08)*
- (d) *Protokollarische Angelegenheiten: Liechtenstein (Doyen des Ständigen Rates), Spanien, Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 17. Juli 2008, 10.00 Uhr im Neuen Saal



720. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 720, Punkt 1 (c) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SCHWEIZ

Herr Vorsitzender,

ich möchte den Ständigen Rat kurz über ein politisches Ereignis in der Schweiz informieren, das die menschliche Dimension der OSZE berührt.

Am 8. Juli 2008 wurde bei der Schweizerischen Bundeskanzlei in Bern eine Volksinitiative eingereicht, welche zum Ziel hat, den Bau von Minaretten in der Schweiz zu verhindern.

Im schweizerischen politischen System der direkten Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger jederzeit mit mindestens 100.000 Unterschriften die Regierung und das Parlament auffordern, die Verfassung abzuändern. Ob die Verfassung dann tatsächlich geändert wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Auf jeden Fall entscheidet am Schluss die Schweizer Bevölkerung in einer Volksabstimmung: Nur ein Änderungsvorschlag, der gleichzeitig von der Mehrheit der Bevölkerung und der Mehrheit der Kantone befürwortet wird, erlangt Rechtskraft.

Eine Volksinitiative ist somit kein rechtlicher Entscheid, sondern erst der Anfang eines politischen Prozesses, der mehrere Jahre dauert und dessen Resultat nicht von vornherein feststeht. Bevor über eine Verfassungsänderung abgestimmt werden kann, müssen die Schweizer Regierung und das Parlament unter anderem prüfen, ob die eingereichte Volksinitiative mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Die Regierung und das Parlament werden für die Volksabstimmung auch eine Empfehlung formulieren, ob die Volksinitiative abgelehnt oder angenommen werden soll.

Die jetzt eingereichte Volksinitiative will die Verfassung ergänzen mit einer Bestimmung, welche den Bau von Minaretten – nicht aber den Bau von Moscheen – verbieten würde. Es handelt sich um eine Initiative von Einzelpersonen, nicht um eine Initiative der Regierung oder des Parlaments. Sie bezieht sich zwar auf den Bau von Minaretten, hat aber nicht zum Ziel, grundsätzlich die Religionsfreiheit einzuschränken. Die Schweizer Verfassung garantiert das Recht zur freien Wahl und zum freien Bekenntnis von Religionen und Weltanschauungen.

Der Gegenstand der Volksinitiative hat in der schweizerischen Öffentlichkeit seit einiger Zeit zu intensiven Debatten geführt. Solche Diskussionen sind ein normaler Teil der politischen Meinungsbildung in der direkten Demokratie. Dabei ist interessant festzustellen,

dass sich bisher diejenigen, die ein Minarettverbot ablehnen, klar durchgesetzt haben. Verschiedene Kantone haben sich – unabhängig von der jetzt eingereichten Volksinitiative – bereits dagegen ausgesprochen, den Bau von Minaretten zu verbieten: so im Sommer 2006 die Parlamente der Kantone Solothurn, St. Gallen und Bern. Im Juni dieses Jahres hat auch das Parlament des Kantons Zürich mit grosser Mehrheit gegen ein Verbot von Minaretten gestimmt und ein solches als verfassungs- und völkerrechtswidrig bezeichnet.

Die jetzt eingereichte Volksinitiative zum Verbot von Minaretten wird voraussichtlich im Jahr 2011 der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet. In einer ersten Stellungnahme hat die Schweizer Regierung Folgendes festgehalten: „Es steht ausser Zweifel, dass der Bundesrat den Stimmberechtigten und dem Parlament empfehlen wird, die Initiative abzulehnen.“

Herr Vorsitzender,

ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rats beizulegen.

Besten Dank.